Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 40 Pfg.; durch die Post 2 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zustellung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Für Rückgabe eingesendeter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2006.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden,** Altmarkt 2.

Anzeigen-Tarif.
Die Annahme von Ankündigungen erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle und den Nebenannahmestellen in Dresden bis Nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 60 Pfg.
An Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bes. 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bes. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif.

Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.

Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Karl Bielich, Annoncenexpedition
Telephon Amt II 265. **DRESDEN-N.** Telephon Amt II 265.
Lutherplatz No. 1 und Priesnitzstr. No. 2 (Ende der Bautznerstr.)
empfiehlt sich zur Annahme von Inseraten u. Abonnements
für die **„Dresdner Nachrichten."**

Carl Tiedemann, Kgl. Hofl., gegr. 1833
empfiehlt in vorzüglicher Qualität
Bohnerwachs
für Parkett, Linoleum und lackirte Fußböden.
Vorräthig in den Verkaufsstellen: Marienstr. 10, Rosenstr. 18, Zwickauer Str. 52, Heinrichstr. (Stadt Görlitz), sowie in fast allen anderen Drogen- u. Farbenhandlungen.

R. Beyer, Papier-Gross-Handlung.
Dresden-A. Am See 16 I.
Reichstes Lager aller Arten Papiere, Pappen etc. für eiligen Bedarf.
Alle Anfertigungen mustergemäss prompt und billigst! Um **Einholung** von **Offerten** und **Kalkulationen** wird gebeten.
Billigste Preise. — Tadellose und schnellste Lieferung.

Tiroler und oberbayr. Nationaltrachten für Costümfeste
grosse Auswahl **neuer Costüme** und **alter Originale** empfiehlt **Jos. Fiechtl** aus **Tirol, Schlossstrasse 23,** part. und I. Etage.

Nr. 25. Spiegel: Agrarische Debatten. Hofnachrichten. Zwangserziehung Minderjähriger. Vermögens-Steuergesetz. Lungenschwindsucht, Kolonialgesellschaft. Gerichtsverhandlungen. | Muthmaßl. Witterung: Veränderlich. | **Sonntag, 26. Januar 1902.**

Für die Monate

Februar und März

abonniren die Leser in

Dresden und dessen Vororten
Blasewitz, Plauen, Löbtau

bei der Hauptgeschäftsstelle Marienstr. 38 und den allerwärts befindlichen Annahmestellen zum Preise von

1 Mark 70 Pfg.

Bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete werden Bestellungen zu 2 Mark, in Oesterreich-Ungarn zu 2 Kronen 96 Hellern angenommen.

Für je einen Monat stellt sich der Bezugspreis in Dresden und Vororten bei der Hauptgeschäftsstelle auf 90 Pfg., bei den Kaiserl. Postanstalten im Reichsgebiete auf 1 Mk. und in Oesterreich-Ungarn auf 1 Kr. 48 Heller.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten".

Agrarische Debatten im preußischen Abgeordnetenhause.

Während im Reichstage die Debatten mühsam dahinsiechen und bei dem spärlichen Besuche der Sitzungen den Eindruck erwecken, als könnten sie jeden Augenblick zum Stillstand kommen, weil weder Redner noch Zuhörer mehr vorhanden sind, haben im preußischen Abgeordnetenhause soeben sehr lebhafte Auseinandersetzungen über die Lage der Landwirthschaft und das zollpolitische Tagesthema stattgefunden. Wenn dabei naturgemäß auch nicht wesentlich neue Gesichtspunkte zur Beurtheilung der schwebenden wirthschaftspolitischen Fragen zu Tage getreten sind, so bieten doch diese agrarischen Erörterungen in der preußischen Volksvertretung einzelne charakteristische Momente und Episoden, die nicht das Schicksal verdienen, von dem Strome der Zeit sofort dem Meere der Vergessenheit zugeführt zu werden.

Den Anlaß zu diesen agrarischen Debatten gab der preußische Etat der Domänenverwaltung, der den Niedergang der Landwirthschaft und ihre Nothlage in recht drastischer Weise beleuchtet. Die Mindererträgnisse für 1901 betragen über 268 000 Mk. gegenüber einem Gesammteinkommen von etwa einer Million Mark. Das bedeutet einen Rückgang von 25 Prozent. Für 1902 berechnet sich der Rückgang auf 16 Prozent, wahrscheinlich wird er sich aber im Laufe der Jahre noch beträchtlich verschärfen. Der Domänenverwaltung ist es vielfach schwer geworden, ihre Domänen zu einigermaßen angemessenen Preisen neu zu verpachten. In vielen Fällen haben die bisherigen Domänenpächter wegen gänzlichen Vermögensverfalles ihre Pachtung aufgeben müssen. Dabei muß man sich vergegenwärtigen, daß einerseits die Regierung mit allen Mitteln bestrebt ist, den Pächtern ihre Existenz zu erleichtern, durch Hergabe von Kapitalien für Meliorationen, Stundung der Pachtgelder, Ausbau der Gebäude nach allen Forderungen eines rationellen Betriebes, und daß andererseits gerade die Domänenpächter in Bezug auf Fleiß und landwirthschaftlich-technische Bildung ein vorzügliches Material für landwirthschaftliche Verwaltung repräsentiren. Für das unbefangene Urtheil, sollte man meinen, müßte sich hier mit zwingender Nothwendigkeit der Schluß ergeben, daß sich die Landwirthschaft in einer überaus schwierigen und bedenklichen Lage befindet, aus der sie aus eigenen Kräften nicht wieder emporkommen kann, wenn ihr nicht alsbald eine wirksame Hilfe zu Theil wird.

Die Wortführer der freisinnigen Minderheit im preußischen Abgeordnetenhause bestritten die Berechtigung dieser Schlußfolgerung. Der Abg. Dr. Hirsch hatte sogar den Muth zu erklären, daß, wenn irgend Jemand mit dem nöthigen Kapital und Fleiß an die Bewirthschaftung eines Gutes herangehe, er bestehen müsse. Da war es denn der preußische Landwirthschaftsminister Herr v. Podbielski, der mit der ihm eigenen temperamentvollen, ungeschminkten Art die Nothlage der Landwirthschaft darlegte und für die unabweisbare Pflicht, ihr zu helfen, eintrat. Es war das erste Mal, daß der frühere Chef der Reichspostverwaltung die Gelegenheit fand, im preußischen Landtage sein neues Ressort zu vertreten, und er hat dies mit einem Erfolge gethan, daß man die Landwirthschaft in Preußen von Herzen beglückwünschen darf, zur Zeit einen offiziellen Vertreter zu besitzen, der ihre Interessen mit schneidiger Tapferkeit und zugleich mit hervorragender Sachkunde wahrzunehmen weiß. Da Herr v. Podbielski in seinem neuen Ressort in der Lage ist, auf Grund persönlicher Lebenserfahrungen und eigener, unmittelbar gewonnener Anschauungen zu wirken, so wurde der wohlwollende, erfrischende Eindruck, den er auch schon im Reichstage vom Bundesrathstische aus erzielt hat, noch wesentlich erhöht. Er unterscheidet sich von den meisten seiner Kollegen besonders dadurch, daß er nicht glatte, wohlgefeilte, sorgsam erwogene Ministerreden zu halten pflegt, sondern daß er in burschikos-jovialer Ungezwungenheit frei von der Leber weg spricht und die seinen diplomatischen Rücksichten, die eine rückhaltlose Stellungnahme und offenherzige Aussprache verhindern, außer Acht läßt. Das mag wohl dahin führen, daß er sich im Einzelnen einmal im Ausdrucke vergreift und zuweilen Aeußerungen thut, die dem ministeriellen Standpunkte nicht ganz gerecht werden und nicht immer als opportun anzusehen sind. Aber gerade weil Herr v. Podbielski seine ministerielle Aufgabe zu erfüllen sucht, ohne Bureaukrat und ohne Diplomat zu sein, so stellt er eine der anziehendsten Persönlichkeiten dar, die zur Zeit die Berliner Regierung aufzuweisen hat.

Die kräftigen Husarenhiebe, die der preußische Landwirthschaftsminister gegen die Vorkämpfer des Manchesterthums austheilte, saßen, und wenn diese befähigt wären, einmal ehrlich zu sein, so müßten sie bekennen, daß von all' den sattsam bekannten Argumenten, die sie gegen die Nothlage der Landwirthschaft und den verstärkten Zollschutz in's Feld führten, schließlich nichts übrig geblieben ist, als der nackte Haß gegen die Landwirthschaft und deren Vertreter. Das hat Herr von Podbielski, soweit es die Rücksichten auf die parlamentarische Höflichkeit gestatten, klar und bestimmt festgestellt. Der Kampf des freisinnig-sozialdemokratischen Kartells gegen die Getreidezölle ist nicht sowohl ein wirthschaftlicher, sondern vielmehr ein politischer. Der innerste Beweggrund ist der Haß gegen das platte Land, weil es, wie der Landwirthschaftsminister den Freisinnigen zurief, „Ihrem politischen Einfluß unzugänglich ist". Für die Sozialdemokratie und die sich mit ihr in der gegen die Landwirthschaft gerichteten Bewegung eins fühlen, handelt es sich hierbei nur um politische Machtfragen: der Bauernstand soll vernichtet werden; ist dies geschehen, dann ist das Feld vollkommen frei für den Umsturz der bestehenden Ordnung. „Wir müssen dafür sorgen", erklärte Herr von Podbielski, „daß die Landwirthe sich erhalten auf ihrer Scholle für Thron und Altar." Und in einer anderen seiner Reden sagte er: „Man hat die Frage gestellt, ob es dem Landwirth oft schlechter geht als dem Arbeiter. Leider, leider! An tausend Stellen habe ich das gesehen, und ich berufe mich auf die Blätter aller Parteien in ihren Feststellungen. Aber ich freue mich über den Landwirth, der sich noch an die Scholle klammert und es wohl empfindet, ein eigenes Dach über seinem Haupt zu haben, und nicht übergeht zu der Masse der eigentlich Heimathlosen, welche weder mehr ein Gefühl für die Heimath noch für das väterliche Haus haben. Das möchte ich so gerne stärken, die Anhänglichkeit an die Verhältnisse, in denen man groß geworden ist, eine gesunde seßhafte Bevölkerung und keine fluctuirende, die heute Hosianna singt und morgen vielleicht Steine hinterher schmeißt."

Der Gesammteffekt der Podbielski'schen Ausführungen, der darin besteht, daß mit hinreichender Klarheit und Entschiedenheit auch einmal aus ministeriellem Munde die rein politischen Beweggründe der freisinnig-sozialdemokratischen Agitationshetze konstatirt worden sind, kann nicht dadurch beeinträchtigt werden, daß er sich zu einem nicht ganz einwandfreien, „persönlichen" Bekenntniß über die Dauer der erhöhten Getreidezölle verleiten ließ. Er erklärte, daß er diese zwar zur Zeit für eine Nothwendigkeit halte, daß er sie aber von vornherein nicht für ein noli me tangere ansehen könne; vielmehr könne es nicht das Ziel einer vernünftigen Wirthschaftspolitik sein, solche hohe Zolleinnahmen zu erhalten, sondern nur so lange, bis die heimische Landwirthschaft thatsächlich in der Lage sei, den Wettbewerb mit dem Auslande aufzunehmen. Er sehe kein Bedenken darin, zu sagen, daß wir von dem Tage, wo der Zolltarif zu Stande kommt, mit allen Kräften dahin arbeiten müssen, daß wir eben zu anderen Verhältnissen kommen. Aus taktischen Gründen wäre es besser gewesen, diese Bemerkungen, besonders da sie ausdrücklich als „persönliche" bezeichnet wurden, wären unterblieben. Denn es liegt hierbei die Gefahr nahe, daß die Gegner sie aufgreifen und für ihren agitatorischen Bedarf zurechtstutzen. Thatsächlich hat das bereits ein Freisinniger im preußischen Abgeordnetenhause gethan, indem der Abg. Dr. Crüger unter faktischer Entstellung des Podbielski'schen Bekenntnisses sagte: „Sehr bemerkenswerth waren die Worte des Ministers, er wolle keine Brotwertheuerung! Er erblickt ein nothwendiges Uebel in der Erhöhung der Zölle. Wir acceptiren dies Anerkenntniß, daß ist sehr werthvoll für uns. Er geht sogar weiter wie wir, die völlige Beseitigung der Getreidezölle in Aussicht zu stellen. Dies Bestreben wird bei uns keinen Gegner finden." Daß die erhöhten Lebensmittelzölle nicht für alle Ewigkeit bestimmt sind, ist selbstverständlich. Ebenso wenig wie dies brauchte der Landwirthschaftsminister besonders zu betonen, daß er nicht Anhänger der absoluten Besteuerung des Brotgetreides ist. Aber wenn schon jetzt, bevor noch der Zolltarif unter Dach und Fach gebracht wird, das Ziel der möglichst baldigen Beseitigung der erhöhten Getreidezölle in's Auge gefaßt wird, so klingt das für die Landwirthe nicht gerade sehr erbaulich, da als ausreichender Zollschutz nur ein solcher angesehen werden kann, der auch in Bezug auf eine gewisse Dauer die erforderliche Gewähr bietet. Offenbar ist Herr von Podbielski selber davon überzeugt, daß eine solche Dauer unerläßlich ist, wenn der Erfolg der erhöhten Schutzzollpolitik, die der Landwirthschaft die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande wiedergeben soll, gesichert werden soll. Darum hätte er besser gethan, von seiner Position aus Alles zu unterlassen, was nach irgend einer Richtung veranlaßt, an der Grundlage des verstärkten Zollschutzes von vornherein zu rütteln.

Neueste Drahtmeldungen vom 25. Januar.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Die seitens der Staatsanwaltschaft beantragte gerichtliche Vernehmung des Abg. Conrad Haußmann als Zeuge in einer Strafsache wird vom Hause versagt. Dann wird die Berathung des Etats des Reichsamts des Innern, Titel Staatssekretär, fortgesetzt. Abg. Rösicke-Kaiserslautern (B. d. L.). Die Debatte über diesen Titel mache fast den Eindruck, als müsse sich der Staatssekretär sein Gehalt erst erkämpfen, obwohl doch die Leistungsfähigkeit und Ausdauer desselben geradezu Bewunderung verdienten. Die bisherigen Debatten seien bereits das reine Potpourri gewesen. Er selbst müsse den Staatssekretär bitten, doch die Petition des „Bundes deutscher Gastwirthe" in Erwägung zu ziehen, in welcher verschiedene Reformen der Gewerbeordnung gewünscht würden; mindestens einzelne dieser Reformvorschläge schienen ihm berechtigt, namentlich sei einheitliche Gestaltung des Branntweinhandels im ganzen Reiche zu wünschen. Ferner müsse anderweite Regelung der Vorbildung der Thierärzte gefordert werden. Zu beklagen sei, nicht nur im Interesse der Landwirthe, sondern vielmehr in dem der Konsumenten, daß das Fleischschaugesetz, welches vor 1½ Jahren beschlossen worden sei, noch immer nicht im vollen Umfange zur Ausführung gelange; ebenso sei das Börsengesetz nicht zur Ausführung gelangt. Das Fleischschaugesetz sei ausschließlich ein sanitäres Gesetz, und daß es einen Mangel an Fleisch zur Folge haben würde, davon könne keine Rede sein. Ganz unverständlich sei das Vorgehen der sächsischen Regierung, die, wenigstens nach Zeitungsnachrichten im Begriff stehe, die Grenze Sachsens gegen Oesterreich für die Schweine-Einfuhr wieder zu öffnen. Wie könne man unseren werthvollen Viehbestand so der Verseuchung aussetzen, noch dazu von Seiten eines Landes, das jetzt gerade mehr als je verseucht sei. Oesterreich selbst sperre ja sogar seine Grenze gegen die Schweine-Ausfuhr aus Ungarn. Von Schweinemangel sei bei uns keine Rede, das zeige der letzte Bericht vom Berliner Schweinemarkt. Der Reichskanzler möge darüber wachen, daß nicht ein einzelner Staat wie Sachsen durch seine Maßnahmen den Zweck des Fleischschaugesetzes durchkreuze. Weiter müsse er die öffentliche Aufmerksamkeit lenken auf die Verhandlungen der Herren Ballin und Wiegand in Hamburg und Bremen mit Herrn Morgan, dem Vertreter der amerikanischen Dampfergesellschaften. Es scheine sich hier ein Syndikat anzubahnen, das für unsere kleineren Schifffahrtsunternehmungen, aber auch für unsere Landwirthschaft im höchsten Maße schädlich zu werden scheine. Die Amerikaner seien bekanntlich im weitesten Maße „Gemüthsmenschen", und wenn unsere Interessenten diesem Herrn Morgan in die Hände laufen, so sei das Schlimmste davon zu befürchten. Die Transportsätze für die Einfuhr von amerikanischem Getreide und Kartoffeln seien schon jetzt enorm niedrig. Was nütze da unseren Landwirthen ein noch so hoher Zoll. Auch unserer Industrie und unseren Industrie-Arbeitern werde dieses Transportsyndikat auf die Dauer enorm schaden. Sei das Heimathspolitik? Dabei handle es sich bei uns um Gesellschaften, die Reichssubvention beziehen und bezüglich deren das Wort gelte: „Wir haben schon so viel für Euch gethan ꝛc." Videant consules! — Sächsischer Bevollmächtigter Dr. Fischer: Der Vorredner hat darin Recht, daß das Fleischschaugesetz in erster Linie rein sanitären Rücksichten entspringe und daß die sächsische Regierung die Oeffnung der Grenzen für die Schweineeinfuhr in Erwägung gezogen hat. Es waren uns sehr viele Beschwerden über Mangel an Schweinen und über hohe Schweinepreise zugegangen, und diese Beschwerden haben sich bis zu einem gewissen Grade als begründet herausgestellt. Die sächsische Regierung hat aber geglaubt, sich hierüber erst an den Herrn Reichskanzler wenden zu sollen. In den allerletzten Tagen ist nun eine Entscheidung des Herrn Reichskanzlers eingetroffen, daß es richtiger sei, sich den sanitären Bedenken zu fügen. (Bravo.) Ich bin überzeugt, daß die sächsische Regierung sich nach dieser Entscheidung des Herrn Reichskanzlers richten wird. (Erneuter lebhafter Beifall rechts.) — Abg. Horn Sachsen (Soz.) beklagt lebhaft diese Antwort des sächsischen Bevollmächtigten. Die sächsische Industriebevölkerung bedürfe dringend billigeren Schweinefleisches. Redner kommt dann auf den Glasarbeiterstreik zu sprechen und auf die nach dessen Beendigung erfolgte Aussperrung verschiedener Arbeiter durch die Unternehmer. Wäre das Zuchthausgesetz in Kraft und würde dasselbe auch Anwendung gegen die Unternehmer finden, so müßten diese Unternehmer unbedingt in's Zuchthaus, denn — sie hindern ja arbeitswillige Arbeiter am Arbeiten. Besonders chikanös für die Arbeiter-Gewerkschaften und ihre Zahlstellen sei es, wie man diese zu politischen Vereinen stempele und als solche behandele. Den Glashütten würden leider von der Sonntagsruhe noch zu viel Ausnahmen bewilligt, obwohl sich auch bei diesen Betrieben eine unbedingte Sonntagsruhe sehr gut durchführen lasse. — Bayr. Ministerialdirektor v. Hermann erklärt es für durchaus berechtigt, daß eine in Bayern befindliche Zweigvereinszahlstelle des Glashüttenarbeiter-Verbandes als politischer Verein angesehen worden sei. Nach den Statuten des Vereins, so weit er sie kenne, sei die betreffende Entscheidung durchaus begründet gewesen. — Abg. Henl zu Herrnsheim (natl.-ltb.) hält dem Abg. Horn vor, die Gewerkschaften selber träten gegenüber Arbeitern, die sich gegen sie etwas zu Schulden kommen ließen, weit schlimmer auf, als dies die Unternehmer gegen ihre Arbeiter thäten. Er erinnere nur daran, wie in Hamburg die Maurer-Gewerkschaft die Akkordarbeiter sogar aus der Partei ausgeschlossen habe. Auch die Klagen über die Glasindustriellen seien unberechtigt oder doch übertrieben, ebenso die Klagen über das langsame Tempo unserer Sozialreform. In Frankreich, wo der Handelsminister Millerand ein Sozialist sei, sei gegen die gewerbliche Kinderarbeit und gegen die Ausbeutung der Kinder noch lange nicht so viel geschehen als bei uns. Kein Staat gehe in Alledem so weit wie der unsrige. Durch den jetzt angekündigten Gesetzentwurf über die Kinderarbeit werde namentlich den Mißständen in der Tabak-Heimarbeit und in der Konfektionsbranche vorgebeugt werden und das werde auch durch Einschränkung der gemeinschädlichen Konkurrenz den erwachsenen Arbeitern zu Gute kommen. Er werde seiner Zeit zu diesem Ge-